

# Volksstimme

## Volksstimme

zugleich für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielitz, Republikanska Nr. 41

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Bierzehntätig vom 1. bis 15. 1. ca. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königschütte, Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29), Postfachkonto W. R. D., Filiale Kattowitz, 300174. Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

# Polnisch-französische Zusammenarbeit in Genf

### Die deutschen Beschwerdennoten ein Gefahrenpunkt — Eine deutliche Abjage an die Minderheiten Die Friedensverträge dürfen nicht erschüttert werden — Der Inhalt der polnischen Antwort

Paris. Außenminister Briand trifft am Donnerstag in Genf ein.

In der französischen Presse wird noch einmal auf das polnisch-deutsche Rededuell hingewiesen, das sich zwischen Zaleski und Dr. Curtius abspielen wird. Man hebt hervor, daß die deutsch-polnischen Gegensätze von außerordentlicher Schwere seien, daß es aber Polen nicht an Beweisen fehle, um den kombinierten deutschen Angriffen zu begegnen. Es sei zwar noch nicht möglich, schon jetzt der Ausgang des Rededuels zwischen den beiden Außenministern voranzusagen, immerhin bestche berechtigter Grund zu der Annahme, daß der Völkerbundsrat auch diesmal nicht erlauben werde, daß ein ausländischer Staat sich unter dem Vorwand des Schutzes der Minderheiten in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates mische und dadurch versuche, die Friedensverträge in ihren Grundlagen zu erschüttern.

Außer der deutsch-polnischen Angelegenheit steht auf dem Programm der Tagung die Festsetzung des Datums für die allgemeine Abrüstungskonferenz. Es scheint schon jetzt festzustehen, daß der Berichterstatter der spanische Botschafter in Paris, Quinones de Leon, hierfür den 15. Februar 1932 vorschlagen wird.

Das dieses Datum mit den Anschauungen der französischen Regierung übereinstimmt, bedarf kaum eines näheren Hinweises, wenn man die enge Freundschaft kennt, die zwischen dem spanischen Botschafter einerseits und den führenden Mitgliedern der französischen Regierung andererseits besteht.

### Die Volksbundsbeschwerde auf die Tagesordnung der Ratstagung gesetzt

Genf. Die große Beschwerde des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien, die die gesamte Haltung der polnischen Regierung gegenüber der deutschen Minderheit in Oberschlesien behandelt, ist auf Grund des vom Deutschen Volksbund beim Generalsekretär des Völkerbundes gestellten Antrages für dringlich erklärt und unverzüglich auf die Tagesordnung der am Montag beginnenden Tagung des Völkerbundsrates gesetzt worden. Berichterstatter für die Beschwerde des Deutschen Volksbundes ist das japanische Mitglied des Völkerbundsrates.

### Großkampf an der Ruhr?

Die Bergwerkgewaltigen haben fristgemäß die Lohnstarife im Ruhrbergbau gekündigt. Sie fordern einen Lohnabbau von mindestens 8 Prozent, nachdem sie ursprünglich 12 Prozent gefordert haben. Mit der Regierung des Hungerdiktators ist durch Verbindung des Arbeitsministers Stegerwald hinterrücks verhandelt worden, und man sagt, daß die Bergherren für 8 Prozent bereits die Zusage erhalten haben. Die Gewerkschaften haben dieses Ansinnen Ende Dezember abgelehnt und Verhandlungen gefordert. Bei den Schlichtungsverhandlungen konnte keine Einigung erzielt werden und die Herren kündigten einfach 300 000 Bergknappen zum 15. Januar die Arbeit auf, weil mit den Gewerkschaften neue Tarifabkommen nicht getroffen wurden und die Gewerkschaften ihrerseits vor dem 16. Januar arbeitsrechtlich keine Kampfmaßnahmen treffen dürfen, wenn sie gegenüber ihren Tarifkontrahenten nicht regresspflichtig gemacht werden sollen. Wie schon oft haben sich die Kommunisten als würdige Helfer des Großkapitals erwiesen und zu einem wilden Streik aufgefordert, während die Gewerkschaften ihrer Tarifpflicht genügen müssen und alle Wege erschöpfen, die das Arbeitsrecht bietet. Niemand war sich darüber im Zweifel, daß das Vorgehen der Bergherren an der Ruhr eine Kraftprobe zwischen Gewerkschaften und Unternehmern ist. Trozdem sind die Kommunisten den Gewerkschaften auch hier in den Rücken gefallen und haben einen Streik entfesselt, der zumindest auf die kommenden Verhandlungen für die Gewerkschaften nachteilig wirken muß. Zur Freude der Unternehmer dauerte es immerhin einige Tage, bis die Belegschaften die Arbeit voll aufnahmen und die Gewerkschaften die weitere Leitung der Aktion in ihre Hand übernahmen.

# Der Inhalt der polnischen Antwort

### Die deutsche Beschwerde überschreitet die zulässigen Proteste (?) — Eine politische Aktion gegen Polen Der Wahlterror widerlegt! — Die Erhitzung politischer Leidenschaften — Eine deutsche Entgegnung

Warschau. Die polnische Presse veröffentlicht heute den Inhalt der polnischen Antwortnote auf die deutschen Beschwerdennoten an den Völkerbund. Die polnische Note besteht danach aus 4 Teilen. Im ersten Teil wird nachzuweisen versucht, daß die Aktion der Reichsregierung den in Minderheitenfragen zulässigen Rahmen überschritten habe und daß die deutsche Note den Charakter einer unmittelbaren politischen Aktion trage. Das Verhalten der Reichsregierung habe die leidenschaftliche Campagne der deutschen Presse und öffentlichen Meinung, die sich auf erdichtete und übertriebene Tatsachen stütze, verstärkt.

Der 2. Teil der Note geht auf die Vorwürfe wegen des Wahlterrors in Oberschlesien ein. Es wird versucht, diese Vorwürfe an Hand von Material zu widerlegen. Die tieferen Ursachen einer gewissen Erregung der Bevölkerung in Oberschlesien während der Wahlzeit seien in der Reaktion zu suchen, die in der polnischen öffentlichen Meinung durch den Terror gegen die durch keine Minderheitenverträge geschützte polnische Minderheit in Deutschland und durch die politische Aktion Deutschlands gegen den polnischen Staat als ganzes aufgelöst worden sei. Sie habe in der polnischen Öffentlichkeit Unruhe hervorgerufen und die deutsche Minderheit gehindert, dem polnischen Staat gegenüber ein loyales Verhältnis zu finden.

Im 3. Teil wird der Versuch gemacht, Beweise zu erbringen, daß die Vorfälle während der Wahlzeit in Oberschlesien den Rahmen von Wahlzwischenfällen, die eine Folge der Parteikämpfe darstellten, nicht überschritten hätten. Diese Zwischenfälle könnten nicht mit Wahlzusammenstößen in anderen Ländern, beispielsweise in Deutschland, verglichen werden, wo die Erhitzung der politischen Leidenschaften größeren Umfang angenommen und eine Anzahl von Opfern an Toten und Verwundeten nach sich gezogen haben.

Zum Schluß gibt die polnische Regierung dem Völkerbundsrat die Anordnungen der lokalen und Zentralbehörden bekannt, die im Zusammenhang mit den Zwischenfällen in Oberschlesien verfügt worden seien. Die polnische Note, so heißt es endlich, stütze sich auf ein umfangreiches Beweismaterial, das in 10 Anlagen zusammengefaßt ist.

### Eine deutsche Antwort

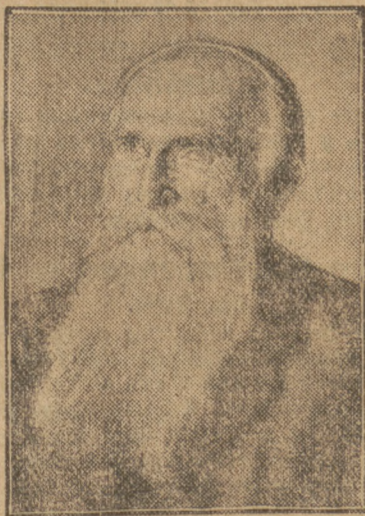
Berlin. Zu der polnischen Antwort auf die deutschen Minderheitenbeschwerden in Genf erzählt die Telegraphen-Union von zuständiger Stelle: Der von polnischer Seite unternommene Versuch, den deutschen Beschwerden einen politischen Anstrich zu geben, dient nur der Verschleierung der wirklichen Sachlage und ist gleichzeitig eine Anerkennung der Schwäche des polnischen Standpunktes.

Die deutschen Beschwerden sind nicht Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck, um der deutschen Minderheit den Schutz

zu gewährleisten, den sie auf Grund der von den Polen übernommenen Verpflichtungen eigentlich haben müßte, aber tatsächlich nicht hat.

Es gibt keinen Terror gegen die polnische Minderheit in Deutschland. Bei den wenigen Verstößen geringfügiger Natur und lokaler Bedeutung, die gegen die polnische Minderheit als solche gerichtet gewesen sind, hat die deutsche Polizei stets rücksichtslos durchgegriffen, sofort Untersuchungen eingeleitet und die Schuldigen der Bestrafung zugeführt. Umgekehrt hat in Ostoberschlesien sich der Terror nicht nur unter den Augen, sondern teilweise unter aktiver Begünstigung der polnischen Polizei abgespielt. Ein Vergleich zwischen den beiderseitigen Formen der Minderheitenbehandlung kann also nur zu Ungunsten Polens ausfallen und ist nicht geeignet, die unerhörten Vorgänge in Ostoberschlesien zu rechtfertigen.

Die deutschen Minderheiten in Polen würden glücklich sein, wenn sie derselben Behandlung teilhaftig werden würden, wie sie die polnische Minderheit in Deutschland genießt.



### Abgeordneter Herold gestorben

Das älteste Mitglied des Reichstags.

Der Alterspräsident des Reichstags, Landesökonomierat Dr. h. c. Herold (Ztr.), ist am Dienstag in seiner Heimat Münster im Alter von 83 Jahren gestorben.

Der Schiedspruch führte zu keinem Ergebnis, und nunmehr fällt der Schlichter einen Spruch, der 6 Prozent Lohnabbau von den Bergarbeitern fordert. Die Gewerkschaften sind sich der Lage bewußt und wissen, daß sie, wenn mit der Sanierung der Wirtschaft überhaupt begonnen werden soll, sie mindestens 4 Prozent Lohnabbau den Kumpels auferlegen müssen. An der Tatsache eines Lohnabbaus kann nicht vorbegegangen werden, das erfordert die allgemeine Konjunktur auf dem Weltkohlenmarkt und die Preisgestaltung, wie sie sich in Deutschland vollzog. Damit ist nicht gesagt, daß der Lohnabbau gerechtfertigt ist, aber bei der allgemeinen Lage muß eben irgendwo der Anfang gemacht werden. Die Gewerkschaften wollten diese Aktion ohne Kampf durchführen, durften aber von den Bergherren ein Entgegenkommen erwarten. Dieses Entgegenkommen ist ausgeblieben, denn noch, bevor alle Mittel zur Einigung erschöpft wurden, haben die Arbeitgeber die Kündigung zum 15. Januar ausgesprochen und gleichzeitig in der fraglichen Bekanntmachung zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeit nur von denjenigen am 16. Januar wieder aufgenommen werden kann, die bereit sind, sich schriftlich zu verpflichten, nach den Bedingungen zu arbeiten, die ihnen von den Bergherren diktiert werden. Selbstverständlich sind hier dann nicht nur die Lohnkürzungen vorgesehen, sondern auch eine wesentliche Verschlechterung des Manteltarifs und, was dabei doch das Wichtigste ist, die Gewerkschaften, als offizielle Vertreter der Arbeiterchaft, sollen durch diese Sonderabkommen ausgeschlossen werden. Mit einem Schlag werden hier alle Grundzüge des Arbeiterrechts übergangen, der alte „Herrinhausstandpunkt“ soll in seiner vollen Auswirkung zur Geltung kommen. Dafür haben aber die Kommunisten gesorgt, daß durch die wilden Streiks die Arbeiterchaft, als den Gewerkschaften nicht gehorchend, hingestellt wird. Die Bergherren sind gerade durch die wilden Streiks ermuntert worden, den Gewerkschaften den größten Widerstand zu bieten, und das haben sie auch jetzt getan.

Der Schiedspruch des Schlichters, der am Sonnabend gefällt wurde, sieht, wie schon oben erwähnt, einen Lohnabbau von 6 Prozent vor. Der Schiedspruch ist sowohl von den Arbeitgebern, als am Sonntag in den Revierkonferenzen der einzelnen Gewerkschaften abgelehnt worden. Die Regierung verhält sich in diesem Kampf etwa passiv, ihr Arbeitsminister Stegerwald hat ja bereits einmal in der Metallindustrie gezeigt, daß er ein williges Ohr für die Unternehmer hat. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Regierung gebunden ist, wenn sie auch in einem Dementi erklärt hat, daß den Bergherren keinerlei Verprechungen

gemacht worden sind. Wenn bis zum 15. Januar nicht irgend eine neue Vereinbarung, auch nur vorübergehend, getroffen wird, so liegen etwa 300 000 Ruhrkumpels auf der Straße. Gewiß gibt es noch arbeitsrechtliche Mittel, um den Kampf hinauszuschieben. Aber, wie immer sie auch ausfallen werden, die Arbeitgeber befinden sich in einer weit besseren Position, sie wollen den Kampf, um wieder einmal zu beweisen, daß sie die Herren sind. Bei der heutigen Regierung finden sie sicher die Unterstützung, denn mit einem verlorenen Kampf der Bergarbeiter soll die große Offensive gegen die Sozialpolitik überhaupt aufgenommen werden. Niemand darf sich darüber Täuschungen hingeben, daß an der Ruhr der Anfang gemacht werden soll und von der Entscheidung, die dort fällt, hängt nicht nur das Schicksal der Bergknappen ab, sondern das Schicksal der gesamten Arbeiterchaft Deutschlands und sie wird gewiß nicht an den Grenzen des Reiches haltmachen, sondern rasch auch das gesamte Ausland ergreifen. In Oberschlesien rüstet man gleichfalls zu Streiks, die Kommunisten haben hier bereits einige Kraftproben geliefert und der Ernst der Situation darf gerade von der Arbeiterklasse selbst nicht übersehen werden.

Es ist nutzlos, durch Zahlen beweisen zu wollen, auf welcher Seite das Recht ist. Eine oberflächliche Betrachtung zeigt, daß noch nirgends Direktorengelalter und überflüssige Ausgaben eingeschränkt worden sind. Auch die Aktiendividenden sind den Besitzenden nicht vesentlich herabgesetzt worden. Die Opfer sollen wieder auf die Schultern der Arbeiterklasse abgeladen werden. Der einzige Halt in diesem schweren Kampf der Bergknappen um ihr jetziges und künftiges Dasein sind die Gewerkschaften, und man muß schon so viel Vertrauen zu seiner Organisation haben, daß sie allein entscheidet. Denn ohne gewerkschaftliche Unterstützung ist dieser Kampf nicht durchzuführen. Geht der Kampf an der Ruhr, der ein Großkampf zwischen Kapital und Arbeit ist, verloren, dann muß den Unternehmern die Offensive gelingen. Heute über Fehler zu streiten, erscheint doch gewagt. Tatsache ist, daß, trotz der sogenannten Freisherabsetzung für alle Artikel des täglichen Bedarfs, bei weitem die Arbeiterchaft noch nicht so viel für ihren Lohn kaufen kann, was sie zur völligen Deckung ihres Bedarfs benötigt. Und nicht die Höhe des Schichtlohns ist entscheidend, sondern der Verdienst des ganzen Monats, und ob er ausreicht, um den Bedarf zu decken. Und das darf ruhigen Gewissens bestritten werden. Denn die paar Spitzenverdienste im Bergbau ändern noch nichts an der Gesamtlage der Arbeiterchaft. Schon vor einem Jahre hat man etwa 150 000 Bergknappen an der Ruhr abgebaut. Etwa viereinhalb Millionen Arbeitslose zählte Deutschland Anfang Januar, davon mindestens 300 000 Bergarbeiter. In einem solchen Stadium den Generallstreik auszurufen, ist ein gefährliches Unternehmen. Und doch zwingt man die Bergarbeiter zu diesem Vorgehen, denn Teilstreiks in einzelnen Bergrevieren können nur die Position der Bergherren stärken. Der Großkampf an der Ruhr, der sich heute noch am Verhandlungstisch zwischen Gewerkschaften und Unternehmern abspielt, ist von entscheidender Bedeutung, nicht nur für die deutsche Arbeiterchaft, sondern für alle Arbeiter, auch jenseits der Grenzen, wo Kohlen gefördert werden. Und darin liegt die Bedeutung, ob sich die Regierung in letzter Stunde entschließen wird, auch gegen die Bergherren ihr Machtwort zu sprechen. Geschieht dies nicht, so liegen am 16. Januar 300 000 Bergarbeiter auf der Straße und können ohne Gewerkschaften den Kampf nicht führen.

—II—

### Aussprache Hoesch-Briand

Paris. Botschafter von Hoesch hatte Dienstag nachmittag wieder eine Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand. In dieser Unterredung wurde die Aussprache über verschiedene bei der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes zur Erörterung kommende Fragen fortgesetzt. Nähere Einzelheiten stehen vorläufig noch aus.

### Einmütigkeit des Kabinetts über Genf

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich Dienstag nachmittag mit der bevorstehenden Tagung des Völkerbundesrates. Der Reichsminister des Auswärtigen erstattete eingehenden Bericht über die in Genf zu behandelnden Fragen. Die hierüber gepflogene Aussprache ergab vollkommene Einmütigkeit über die von der deutschen Delegation einzunehmende Haltung.

### Die polnische Presse zum Neuhöfener und Nikolaiter Urteil

Warschau. Die Urteilsfällung sowohl in Neuhöfener als auch im Nikolaiter Prozeß wird von der polnischen Presse allgemein als Herausforderung bezeichnet. Der regierungsfreundliche „Expresz Poranny“ versteht seine diesbezügliche Meldung aus Berlin mit folgender Ueberschrift: „2 Verbrechen der preußischen Gerechtigkeit.“ Auffallend ist jedoch, daß sich die polnischen Blätter hierbei jeglicher Meinungsäußerungen enthalten und ihrer Entrüstung lediglich in gehässigen Ueberschriften Luft machen.



Leon Jessel

Der Komponist der „Parade der Finnjoldaten“ und der reizenden Operette „Schwarzwalddmädel“, wird am 22. Januar 60 Jahre alt.

# Zusammentritt des Europaausschusses

Beginn der Tagung am Freitag — Erst wieder Geheimniskammer — Politische oder wirtschaftliche Vormacht Der Krisenzustand überwiegt

Genf. Die Tagung des europäischen Ausschusses wird, wie nunmehr feststeht, am Freitag vormittag um 11 Uhr durch Briand hier zunächst in geheimer Sitzung eröffnet werden. Die Außenminister fast sämtlicher 27 europäischen Staaten, darunter Briand, Henderson, Grandi, Dr. Curtius, Jaleski und die Außenminister der Kleinen Entente haben ihre Teilnahme an den Verhandlungen des Ausschusses zugesagt. Nur Schweden, Portugal und Oesterreich werden nicht durch ihre Außenminister, sondern durch hohe Staatsbeamte im Ausschuss vertreten sein. Die außereuropäischen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes sind aufgefordert worden, Vertreter zu der Tagung des europäischen Ausschusses zu entsenden, die jedoch lediglich in beobachtender Eigenschaft an den Verhandlungen teilnehmen können. Die japanische und chinesische Regierung haben bereits ihren Vertreter benannt. Es besteht hier der begründete Eindruck, daß auf der bevorstehenden Tagung die Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen, darunter insbesondere die landwirtschaftliche Krise im Vordergrund stehen werden und politische Fragen nicht zur Verhandlung gelangen. Die in der deutschen Note erwähnte Frage der Zugehörigkeit Somjetruhlans und der Türkei zu den Verhandlungen des Ausschusses soll ebenso wie die Frage der Bürokratie des Ausschusses auf die nächste Tagung im Mai vertagt werden. Die sachlichen Beratungen des europäischen Ausschusses werden mit einem Bericht des Präsidenten der europäischen Zollwaffenstillstandskonferenz, Collijn (Holland), beginnen, der den Ausgangspunkt einer allgemeinen wirtschaftspolitischen Aussprache über die hauptsächlichsten europäischen Krisenmomente bilden soll. Man nimmt an, daß der europäische Ausschuss am Montag oder Dienstag der nächsten Woche seine Arbeiten abschließen und sich sodann auf den Mai vertagen wird.

### Gegen den Liquidationsvertrag

Die deutsch-polnischen Verträge vor dem Sejm. Warschau. Der Sejm beschäftigte sich in seiner Dienstag-Sitzung in erster Lesung mit verschiedenen Verträgen, darunter auch mit dem deutsch-polnischen Handelsvertrag und dem Liquidationsabkommen. Am späten Abend wurde beschlossen, alle Verträge zur Beratung dem Auswärtigen Ausschuss zu überweisen.

Der Vertreter der Nationaldemokraten war der Ansicht, daß die Verträge mit Deutschland erhebliche Vorteile bringen. Er sehe bereits die deutschen Kolonnen zur Aufteilung Polens marschieren mit einer Friedenpalme in Form des Artikel 19 des Völkerbundesstatutes in der Hand. Er forderte die Ablehnung der deutsch-polnischen Verträge im Hinblick auf die „bedrohte Sicherheit Polens.“

### Ein Ultimatum der Moslems

Bruch auf der englisch-indischen Konferenz. London. Ein Ultimatum der Moslems hat die hochgeheilten Hoffnungen auf einen baldigen Erfolg und erfolgreichen Ausgang der englisch-indischen Konferenz stark gedämpft. Der Vertreter erklärte, daß sie die neue Verfassung nicht annehmen könnten, wenn nicht die Ansprüche der mohammedanischen Minderheit hinsichtlich der Vertretung in der gesetzgebenden Versammlung sichergestellt seien. Auch erhoben sie Widerspruch gegen die Reservatrechte des Generalgouverneurs und die finanziellen und sonstigen Vorbehalte. Der Vorfall hat in Konferenzkreisen große Aufregung hervorgerufen.

### Neue Unruhen in Spanien?

Paris. An der spanisch-französischen Grenze herrscht seit einigen Tagen fieberhafte Tätigkeit. Spanischerseits hat man die Kontrolle verschärft und überschüttet die französischen Grenzbehörden mit Nachfragen über etwaige in Frankreich bekannte Einzelheiten wegen Generallstreikvorbereitungen in Spanien. Die neue Streikbewegung soll angeblich von Madrid aus gehen. Zwischen San Sebastian und Frankreich wurde eine telephonische Verbindung hergestellt, da man befürchtet, daß die Verbindung mit Madrid zerstört werden könnte. Sämtliche Flüchtlinge aus Spanien, die die Grenze überschreiten, werden einer Selbstinspektion unterzogen. Kein Paket kommt nach Spanien, das nicht vorher genau auf seinen Inhalt geprüft ist. Bis Dienstag abend herrschte jedoch überall Ruhe und Ordnung, abgesehen von einigen unwesentlichen Studentenunruhen.

### Weitere Unruhen in Indien

London. Bei weiteren Unruhen in Puna wurden 60 Personen verletzt. In der Nähe einer Polizeistation in Norden von Bombay explodierte eine Bombe. Personen kamen nicht zum Schaden. In Aikanpur befreite die Menge 2 Gefangene aus den Händen der Polizei. Die Polizisten gaben Feuer. Bei dem Zusammenstoß wurden 8 Polizeibeamte verletzt. Die Zahl der Opfer unter den Eingeborenen ist unbekannt.

### Das Ende einer unrühmlichen Einrichtung

Paris. Wie nunmehr verlautet, hat die Botschafterkonferenz am Montag beschlossen, die sogenannte Versailler Interalliierte Militärkommission, die bisher in Paris in permanenz tagte, aufzulösen, da deren Aufgabe als beendet anzusehen sei. Dieser Militärkommission lag bekanntlich auch die Ueberwachung der deutschen Abrüstungsmaßnahmen des Versailler Vertrages ob. Weitere Angaben über die Tagung der Botschafterkonferenz werden amtlich nicht gemacht.



### Neue Opfer der Ozeanfliegerei

Die amerikanische Pilotin Beryl Hart — von ihren Landsleuten „Die fliegende Witwe“ genannt — und der englische Fliegerleutnant MacLaren, die bei dem Versuch, den Atlantischen Ozean zu überfliegen, mit ihrem Flugzeug „Tradewind“ verschollen sind und verloren gegeben werden.

### Der Bruderkampf der Imro

Zwei Protogoroff-Anhänger ermordet.

Belgrad. Wie aus Sofia gemeldet wird, wurden Dienstag früh die beiden Anhänger der Protogoroff-Gruppe der mazedonischen revolutionären Organisation, Rajco Spasoff und Nicola Daness ermordet. Bekanntlich wurde der Anhänger des mazedonischen Führers Michailoff, Wikaroff, am Hochzeitsstag des Königs Boris ermordet. Spasoff und Daness wurden damals des Mordes verdächtigt, konnten aber flüchten. Als sie später verhaftet wurden, wurden sie bald darauf von der Staatsanwaltschaft wieder freigelassen, weil angeblich gegen sie kein stichhaltiges Beweismaterial vorlag. Die Anhänger Michailoffs schworen ihnen Rache. Als sie Dienstag früh um 4 Uhr ein Kabarett in Sofia betraten, wurden sie von den anwesenden Anhängern Michailoffs durch 10 Revolverkugeln getötet. Es entstand eine Panik, in der es den Tätern gelang zu entkommen. Die Polizei hat ihre Verfolgung aufgenommen.

### Bouisson zum Kammerpräsidenten gewählt

Paris. Der bisherige Kammerpräsident Bouisson ist am Dienstag um 8 Uhr abends im zweiten Wahlgang mit 261 gegen 220 Stimmen für den Zentrumskandidaten Boulogne-Lafont wiedergewählt worden. Vizepräsidenten wurden Mouton, Capelleau, Gate und Bouisson.

### Schwere Streikunruhen in Erfurt

Ein Toter.

Erfurt. Am Dienstag nachmittag gegen 17 Uhr kam es in Erfurt-Nord gelegentlich des Schichtwechsels in der Berlin-Erfurter Maschinenfabrik Henry Reiss u. Co. mehrfach zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitswilligen, Streikenden und Erwerbslosen. Hierbei wurde ein Arbeitswilliger lebensgefährlich verletzt. Ein geschlossener Trupp Erwerbsloser, der sich nach Erfurt-Nord bewegte, wurde polizeilich aufgelöst. Da die Räumung der Straße auf starken Widerstand stieß und die Beamten fortgesetzt mit Steinen beworfen wurden, mußte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machen. Hierbei wurde ein 28jähriger erwerbsloser Maurer tödlich getroffen und eine weitere Person durch einen Armschuß schwer verletzt.

### Jaleski bei Briand

Paris. Außenminister Jaleski wurde am Dienstag vormittag von Briand empfangen. Man mißt dieser Unterredung in hiesigen politischen Kreisen große Bedeutung bei. Briand reist am Donnerstag nach Genf ab.



### 78 Stunden ununterbrochen Billard gespielt

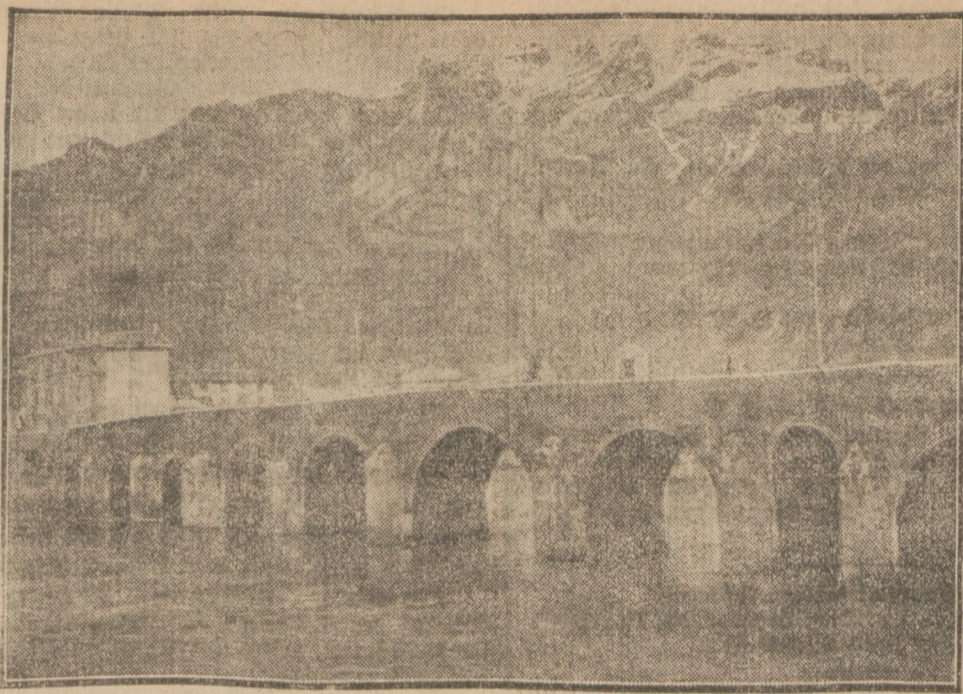
hat der Weltmeister im Billard-Dauerspiel, Ludwig Haubel, Frankfurt a. M. Er versuchte, seine bisherige Höchstleistung von 65 Stunden auf 100 Stunden zu verbessern, mußte aber nach 78 Stunden, in denen er 16 116 Bälle gespielt hatte, wegen Wundwerdens der Hände und wegen Uebermüdung aufgeben.











### Felssturz in Lecco am Comer See

Das oberitalienische Industriestädtchen Lecco am Comer See wurde von einem schweren Felssturz heimgesucht, der von einem Ausläufer des Monte Resegone (im Hintergrunde) seinen Ausgang nahm. Mehrere Gebäude wurden von der Steinlawine völlig zerstört — nach den bisherigen Nachrichten sind vier Menschenleben zu beklagen.

## Das Testament eines atheïstischen Pfarrers

Vor kurzem hat die Nachricht von dem Doppelleben des einundsechzigjährigen Pfarrers Turmel in Rennes, der nun mit dem Kirchenbann belegt wurde, weil er jahrelang unter falschem Namen atheïstische Schriften veröffentlichte, großes Aufsehen erregt.

Die Geschichte der Aufklärung kennt nur einen Vorgänger dieses atheïstischen Pfarrers, gleichfalls einen französischen Pfarrer, der sein ganzes Leben hindurch sein Amt als Pfarrer versah, und dessen atheïstische Gesinnung erst nach seinem Tode bekannt wurde, als das von ihm verfaßte „Testament“, in dem jede Zeile glühenden Haß gegen die Kirche und gegen den Gottesglauben, aber auch gegen Adel und Königtum und schließlich gegen die Gesellschaftsordnung des Privateigentums sprüht, nachdem es jahrelang in Abschriften unter den Bauern, für die es verfaßt war, von Hand zu Hand gegangen war, Voltaire in die Hand kam und von ihm in einem Auszug veröffentlicht wurde. Aber Voltaire, der von einer verlogenen klerikalen Geschichtsschreibung fälschlich als Atheïst hingestellt wird, obwohl er nicht nur eine zu meist religiöse Natur war, sondern auch den Gottesglauben verteidigte, hat von dem „Testament“ nur die Teile veröffentlicht, die das Christentum angreifen, sie allein erklärt er für lesenswert, während er die Stellen, die den Gottesglauben bekämpfen, ebenso empört wegläßt wie die politischen Stellen, die sich gegen Adel und Königtum wenden, und die Angriffe auf die sozialen Einrichtungen, die in der Verwerfung des Privateigentums und der Entwertung des Planes einer kommunistischen Gesellschaft gipfeln. Haben die religiösen und politischen Betrachtungen dem Pfarrer Jean Meslier in der Geschichte der Aufklärung einen hervorragenden Platz verschafft, so reihen gerade diese von Voltaire weggelassenen Teile ihn unter die Vorläufer des modernen Sozialismus neben Thomas Morus, Vairasse, Fourier, Owen und den andern sozialistischen Utopisten der vergangenen Zeiten...

#### Ein Vater der armen Bauern.

Jean Meslier wurde am 15. Juni 1664 in Mazeray in der Champagne als Sohn eines armen Handwerkers geboren, 1692 wurde er Geistlicher in Etrepigny in den Ardennen und blieb es bis zu seinem Tode. Hier hat er getreulich seine kirchlichen Obliegenheiten erfüllt und niemand ahnte, daß die Lehren, die er in seinen Predigten vortragen mußte, nicht seinem Denken entsprachen. Tief in seinem Innern verarbeitete er seine wirkliche Überzeugung. Und doch wußten seine Pfarrkinder, daß sie an ihm einen wirklichen Freund hatten. Wagte er es nicht, seine Überzeugung über Gott und die Welt auszusprechen, so wagte er es doch, sich der armen Bauern gegen ihre adelige Obrigkeit anzuschließen, und als der Edelmann seines Dorfes einmal einige Bauern mißhandelte, ließ Meslier am Sonntag seinen Namen aus dem Kirchengebet weg, und als ihn der Erzbischof zwingen wollte, das nachzuholen, betete er am nächsten Sonntag, daß Gott den Herrn des Dorfes befehlen und ihn nicht mehr in die Sünde fallen lasse. Aus den Konflikten mit diesem Gutsherrn kam er bis an sein Lebensende — 1729 oder 1733 — nicht mehr heraus, ja es wird erzählt, daß er dadurch zum Selbstmord getrieben wurde.

#### Voltaire ist entsetzt.

Schon bald nach seinem Tode zirkulierten mehrere hundert Abschriften der Denkschrift, der er selbst den Titel „Mein Testament“ gegeben hatte. „Dieses Testament — sagt Hugo Lindemann in seinem Buche über den „Sozialismus in Frankreich im sechzehnten und achtzehnten Jahrhundert“ — ist mit dem Herzblut des Verfassers geschrieben. Durch drei Bände wälzt sich die Blut des ein Leben lang aufgestauten Hasses und der geschärften Erbitterung in ungeheuren Perioden wild und trüb schäumend dahin.“ Welchen Eindruck das Buch auf Voltaire machte, erstet man aus seinem Brief an d'Alembert: „Ich habe geschauert vor Entsetzen, da ich es las. Das Zeugnis eines Pfarrers, der im Sterben Verzeihung von Gott dafür erbittet, daß er das Christentum gelehrt hat, kann ein starkes Gewicht in die Waagschale der Freidenker werfen.“

#### Gegen Religion und Kirche.

Religion und Kirche werden von Meslier angegriffen, weil sie die Hauptmittel seien, die Völker in Dummheit und Gehorsam zu erhalten. Die Religion unterstützt die Regierung — sagt er —, so schlecht diese auch sei; zum Lohn dafür unterstützt die Regierung die Religion, so töricht und leer auch ihre Lehren sein mögen. Immer wieder sucht er zu beweisen, daß die biblischen Bücher weder von Gott eingegeben, noch als menschliche Bücher glaubwürdig oder bedeutend seien, daß die Lehre der christlichen Kirche ein Gewebe des krasssten Aberglaubens sei. Selbst Jesus Christus wird von jedem Anspruch auf eine höhere Würde frei, er sei nur ein äußerst unbedeutender Mensch gewesen. Ja Meslier schreut vor den herabwürdigend-

sten Bezeichnungen gegen ihn nicht zurück. Sehr heftig wendet er sich gegen die christliche Moral — namentlich auch gegen die Sätze, die verbieten, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen, und die befehlen, die Feinde zu lieben. Die Moral des Christentums sei geradezu verhängnisvoll für das Schicksal der Völker geworden und habe die Tyrannei der Könige und Großen zum Schaden der Völker autorisiert, die unter dem Joche ihrer harten und grausamen Knechtschaft elend und unglücklich sind.

Nicht minder scharf richtet sich seine Kritik gegen den Gottesbegriff selbst und gegen den Glauben an die Unsterblichkeit der Seele. „Die Priester gaukeln dem Volke zwar vor, daß sie es zum Himmel führen wollen, und lassen es in diesem Leben die Qualen einer wirklichen Hölle erdulden. Denn es gibt keinen Gott, der irdisches Leid mit himmlischem Glück belohnt...“

#### Gegen Adel und Königtum.

In die Kritik der Religion schließt sich eine Kritik der gesellschaftlichen Einrichtungen: Die einen scheinen nur geboren, um tyrannisch über die andern zu herrschen und immer Vergnügen und Gemüße zu haben, die andern nur, um elende, unglückliche, gemeine Sklaven zu sein und ihr Leben lang in Schmerz und Not zu seufzen. Bis herab zum kleinsten Edelmann schindet und plagt alles den Bauern. ... Wenn wir den Ursprung des Adels und der königlichen Größe betrachten, werden wir finden, daß die ersten Ahnen dieser Leute, die sozial Lärm und Wesens von ihrem Adel machen, blutdürstige und grausame Leute, Untertücker, Tyrannen, Schufte, Diebe, Verwandtenmörder waren. Ein ganzes Kapitel widmet Meslier der Darstellung der „tyrannischen Regierung der Könige von Frankreich“... Richter und Magistrate lassen die kleinen Diebe und Mörder hängen und rädern, aber sie wagen es nicht, irgend etwas den großen und mächtigen Dieben zu sagen, diesen großen und mächtigen Mördern und Brandstiftern, die die ganze Erde verwüsten und Tausende und Millionen Menschen hinhängen lassen... Päpste und Bischöfe seien die größten Schmeichler der Könige und Prinzen, die feigsten Verräter des Volkes und die größten Sünder gegen die Pflichten ihres Amtes. Sie lehrten, daß die Macht der Fürsten von Gott kommt, und daß, wer sich diesen widersetzt, gegen Gott sündigt... Nach einer heftigen Kritik der Geistlichkeit zitiert er den Wunsch eines Mannes, „daß alle Großen und Edlen der Erde mit den Gedärmen der Pfaffen aufgehängt und erdrosselt würden“. So kommt er denn dazu, den Menschen ihre Feigheit vorzuwerfen, „daß sie die Tyrannen so lange leben lassen und das hassenswerte Joch ihrer tyrannischen Regierung nicht abschütteln“. Da preist er den Mönch Jacques Clement (der Heinrich III. ermordete) und Ravalliac (den Mörder Heinrichs IV.), „die einst den Mut hatten, diese verabscheuungswürdigen Ungeheuer und Feinde des Menschengeschlechtes zu erschlagen“, während es jetzt nur noch feige und miserable Sklaven gebe... Die Rettung des Volkes liege in seinen eigenen Händen. Wenn alle Völker sich vereinigen und verschwören, sich gemeinsam vom gemeinsa-

men Feind zu befreien, so würden die Tyrannen sehr bald besiegt und vertilgt sein. So ruft er: „Bereinigt euch doch, Völker, wenn ihr das Herz habt, euch von all eurem gemeinsamen Elend zu befreien!“ Wenn dann die hochmütigen Tyrannen — der stolze Adel, die prächtigen Prälaten, Bischöfe, Mäurer, Würde und alle die andern reichen Herren und Damen, die nur von der Arbeit des armen Volkes leben, verjagt, die Völker befreit sind, so gilt es, das neue Gemeinwesen zu schaffen, das auf der Grundlage aufgebaut ist, daß alle Menschen von Natur, nicht nur rechtlich, sondern auch sozial gleich sind.

#### Kritik des Privateigentums.

In einer Kritik der Einrichtung des Privateigentums stellt Meslier fest, daß aus dem Kampf um das Eigentum die Stärksten und Schlauesten, die oft zugleich die Schlechtesten und Unwürdigsten sind, als Sieger hervorgehen. So scheidet diese Einrichtung die Menschen in die Klassen der Reichen und Armen: die einen wohlgekleidet, die andern in Lumpen, die einen in allen Genüssen der Erde schwelgend, die andern vor Hunger sterbend; die einen im Paradies, die andern in der Hölle.

So kommt er zu dem Ergebnis, daß jeder Bürger ein Recht darauf hat zu leben und seinen Anteil an den Gütern dieser Welt zu genießen unter der Bedingung nützlicher Arbeit für das Gemeinwesen. Alle Güter und Reichtümer der Erde sind Gemeineigentum, die Bewohner einer Stadt oder eines Dorfes schließen sich zu einer großen Familie zusammen, leisten alle, jeder in seiner Profession, nützliche Arbeit; dann haben alle genug, um zufrieden und glücklich zu leben. Betrug und Täuschung verschwinden, kein Mord und kein Diebstahl wird den Frieden der Gemeinde stören.

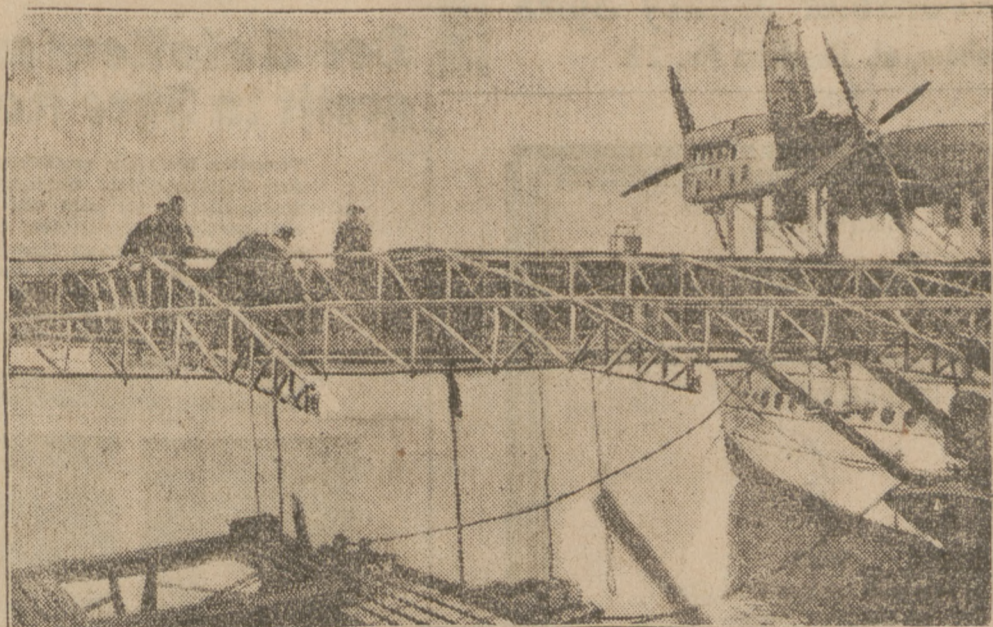
#### Verteidigung des Pfarrers.

Alle diese Anschauungen — den Haß gegen die Religion, die er predigte, gegen die herrschenden Gewalten und gegen die sozialen Einrichtungen — hat er in sich vergaben und hat in der Kirche das, was er haßte und was er verachtete preisen müssen. Was er lebend nur zu denken, nicht aber zu sagen wagte, das sollte wenigstens nach seinem Tode alle Welt erfahren. Wie schwer der Mann unter der ihm aufgezwungenen Heuchelei gelitten haben mag, zeigt die Bemerkung in seinem „Testament“, mit der er sich vor seinen Pfarrkindern rechtfertigen will: daß ihn in seiner Jugend seine Eltern für den geistlichen Stand bestimmt hätten, um ihm so ein angenehmes, friedliches und ehrenvolles Leben zu sichern, daß er aber niemals danach gestrebt habe, durch frommen Bücher mit gottesdienstlichen Berrichtungen sich zu bereichern, sondern, daß er stets bemüht gewesen sei, was er durch seine Predigten Unheilvolles zu tun gezwungen war, durch gute Werke wieder gut zu machen; das zeigt aber ganz besonders die Aufzählung, die er auf das für seine Gemeinde bestimmte Exemplar seines Testaments setzte: „Ich hab die Irrtümer, Mißbräuche, Niedrigkeiten, Torheiten und Bosheiten der Menschen gesehen und kennengelernt; ich habe sie gehaßt und verabscheut; ich habe während meines Lebens es nicht auszusprechen gewagt, aber ich werde es wenigstens sterbend und nach meinem Tode sagen, und damit man es weiß, schreibe ich das vorliegende Buch, damit es als Zeugnis der Wahrheit für alle, die es lesen werden, diene...“ Keiner führt die Art gegen das Götzenbild mit solcher Kraft wie gerade der bekehrte Götzenpriester, hat Renan einmal gesagt. Vielleicht ist dieses Wort die psychologische Erklärung für die scharfe Kritik, die der zur Heuchelei gezwungene Pfarrer an allem übt, was ihm ehemals heilig war.

Gustav Pollatschek.

### 34 Millionen Telephone in der Welt

Die englische Telephonezeitung bringt eine Weltstatistik der Telephone, deren Zahlen allerdings auf einer Ausnahme vom 31. Dezember 1929 beruhen. Danach beträgt die Gesamtzahl der Fernsprecher auf unserer Erde 34 400 000, fast 1 1/2 Millionen mehr als 1928. In dieser Zeit wuchs die Telephoneziffer in Europa um 8,4, die in Nordamerika um 3,9 Prozent. Man schätzt, daß die Gesamtzahl der Telephone in Europa Ende 1930 mindestens 10 1/2 Millionen betragen wird, das wäre etwa 100 Prozent mehr als die Gesamtzahl von 1920, dem ersten Jahre nach dem Kriege, in dem eine Statistik aufgestellt wurde. Während der 10 Jahre von 1920 bis 1930 ist die Telephonezahl in Nordamerika von 14 355 000 auf 22 500 000 gestiegen, also um etwas mehr als 50 Prozent. In Asien wuchs die Zahl im Jahre 1929 auf 1 265 000, in Afrika auf 224 000. Die Vereinigten Staaten haben die meisten Telephone, nämlich 16,9 auf 100 Einwohner; dann folgen Kanada mit 14,4, Neuseeland mit 10,8, Dänemark mit 9,4, Schweden mit 8,3, Australien mit 8,2, Norwegen mit 6,6, die Schweiz mit 6,5, Deutschland mit 5, Großbritannien mit 4,2, die Niederlande mit 3,7, Finnland mit 3,4, Oesterreich und Belgien mit 3,2, Frankreich mit 2,6 und Argentinien mit 2,4 auf 100 Einwohner. Die telephonreichste Stadt der Welt in New York mit 1 811 410, während die verhältnismäßig meisten Telephone auf der Erde San Francisco besitzt, wo von 100 Bewohnern 34 Telephone haben.



### Die Reparatur des „D X“ im Hafen von Eifabon

Die Reparaturarbeiten an dem infolge Kurzschluß in Brand geratenen und zerstörten linken Flügel des deutschen Riesensflugschiffes Do X schreiten rüstig vorwärts. Nach Beendigung der Wiederherstellungsarbeiten wird das Flugschiff in die Heimat zurückkehren.

